

Arbeitspapier

Arbeitspapiere sind Online-Veröffentlichungen der Forschungsgruppen.
Sie durchlaufen kein förmliches Gutachterverfahren wie SWP-Studie,
SWP-Aktuell und SWP-Zeitschriftenschau.

FORSCHUNGSGRUPPE SICHERHEITSPOLITIK | AP NR. 01, JANUAR 2025

Die unvermeidlichen Herausforderungen der unausweichlichen Abschreckung

Im Spannungsfeld zwischen Annahmen, Evidenz und Praxis

Liviu Horovitz

Inhalt

Unumgängliche Abschreckung	4
Grundlagen der Abschreckung	5
Forschungsgrenzen und Staatenpraxis	6
Haupthindernisse für eine wirksame Abschreckung	8
Nuklearwaffen und Abschreckung	9
Ausblick	11

Abschreckung gewinnt angesichts der Spannungen in Europa wieder an Bedeutung. Es gibt jedoch keinen Konsens in Politik, Verwaltung und Wissenschaft darüber, wie und wann Abschreckung funktioniert. Eingeschränktes Fachwissen, umstrittene Annahmen und erhebliche Unsicherheiten über die tatsächliche Funktionsweise sind die Hauptursachen dieser Uneinigkeit. Um besser auf Krisen vorbereitet zu sein, bedarf es neben einer verstärkten Wissensvermittlung vor allem eines intensiveren Dialogs zwischen den verschiedenen meinungsbildenden Akteuren und einer gezielteren Forschung – insbesondere in Deutschland.

Die Herausforderungen der Abschreckung sind wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Zum einen wirft der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Frage auf, ob Moskau auch bereit wäre, Gewalt gegen NATO-Staaten anzuwenden. Zum anderen wecken die politischen Umwälzungen in den USA Zweifel an der Verlässlichkeit und Kontinuität amerikanischer Sicherheitszusagen gegenüber Europa. Beides erzeugt europaweit, und besonders in Deutschland, sicherheitspolitischen Investitions- und Reformdruck auf lange vernachlässigte militärische Fähigkeiten. Da solche Rüstungsausgaben und institutionelle Reformen jedoch mit schmerzhaften innenpolitischen Kompromissen verbunden sind, wäre es auch für die Politik wünschenswert, Gewissheit über die Auswirkungen und Wirksamkeit verschiedener Abschreckungsmaßnahmen zu haben.

Über Nutzen und Risiken konkreter Entscheidungen wird jedoch in Regierung, Politikberatung und Wissenschaft heftig debattiert. Dazu gehört beispielsweise die Frage ob und wie Deutschland von landgestützten Marschflugkörpern mittlerer Reichweite profitieren könnte. Ebenfalls wird hinterfragt, ob die Lieferung bestimmter Waffen an die Ukraine das Verhalten Russlands beeinflussen wird oder ob sie unverhältnismäßige Eskalationsrisiken birgt. Zudem besteht kein Konsens darüber, ob Frankreich oder Großbritannien in der Lage und willens wären, im Bedarfsfall die erweiterte nukleare Abschreckung der USA gegenüber ganz Europa zu übernehmen.

Ein Teil dieser Uneinigkeit ist häufig auf mangelndes Fachwissen in Politik, Verwaltung und Wissenschaft zurückzuführen, da das Thema Abschreckung lange Zeit vernachlässigt wurde. Hinzu kommen unterschiedliche Annahmen über die Wirkmechanismen von Abschreckung, die oft auf unzureichender Forschung beruhen. Diese Divergenz kann Entscheidungsprozesse verlangsamen oder sogar verhindern. Auch ist ein hohes Maß an Dissens für Nichtfachleute oft nicht nachvollziehbar, eine Wahrnehmung, die zu Misstrauen und Politikverdrossenheit führen kann. Diese Herausforderungen zu benennen, ist ein erster Schritt, dem konkrete Maßnahmen folgen müssen.

Unumgängliche Abschreckung

Abschreckung steht zwangsläufig in einem Spannungsverhältnis. Sie erfordert die Androhung, die Fähigkeit und den Willen, Gewalt gezielt einzusetzen, um andere von unerwünschten Handlungen abzuhalten. Abschreckung findet im Kopf des Gegners statt. Reagiert die Gegenseite wie gewünscht, bleiben die eigenen Interessen gewahrt und der Frieden erhalten. Doch Abschreckungsbemühungen können auch ungewollt konfliktfördernd wirken. Hinzu kommt: Versagt die Abschreckung, wird der Krieg durch die Fähigkeit und den Willen zur Gewaltanwendung befördert. Im Nuklearzeitalter birgt selbst eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs erhebliche Gefahren.

Diese Kosten und Risiken der Abschreckung würden in einer idealen Welt vermieden. Im heutigen internationalen Wettbewerbssystem versuchen die Staaten jedoch, ihre national definierten internationalen Interessen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Machtinstrumenten durchzusetzen. Die Möglichkeit der Gewaltanwendung wird lediglich durch die Kosten begrenzt, die sie im eigenen Land und international verursacht. Solange das heutige Staatensystem besteht, werden daher unterschiedliche Akteure weiterhin auf Abschreckung setzen.

Zwischenstaatliche Gewalt hat seit dem Zweiten Weltkrieg stark abgenommen, doch zahlreiche Staaten setzen weiterhin auf die Androhung von Gewalt, um ihre Ziele durchzusetzen. Manche Fachleute argumentierten in den letzten Jahrzehnten, dass nicht alle, aber die größten Konflikte auch ohne militärische Abschreckung nicht stattgefunden hätten. Dem liegt die zum einen die Annahme zugrunde, dass wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungen das internationale System fundamental verändert hätten. Zum

anderen wird argumentiert, dass außerordentliche Interdependenzen, die Lehren aus den verheerenden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts und kooperationsfördernde institutionelle Strukturen großflächige Kriege verhindert hätten.

Angesichts der immer offensichtlicher werdenden Rivalitäten zwischen den Großmächten scheinen diese Thesen jedoch eine Welt der Kooperation vorauszusetzen, die es nicht gibt. Die militärische Expansion Chinas, die regionalen Reaktionen in Asien und die Bemühungen der USA, ihren Vorsprung zu wahren, deuten darauf hin, dass die Großmächte bereit sind, massive Konflikte in Kauf zu nehmen, um ihre Interessen durchzusetzen. Diese – eher pessimistische – Sichtweise, wird zudem durch neuere Forschungsergebnisse bestätigt: Interdependenzen, Normen und Institutionen können einen wertvollen Beitrag leisten, entschlossene Akteure jedoch nicht vollständig eindämmen. Trotz der Verflechtung Russlands mit den westlichen Ökonomien, eines mehrheitlich geteilten normativen Rahmens und nicht unerheblicher Kostenerwartungen entschied sich Moskau, seine Ziele mit militärischer Gewalt gegen die Ukraine zu verfolgen. Eine erhöhte Gewaltfähigkeit und -bereitschaft erhöht somit die Nachfrage nach Abschreckung.

Grundlagen der Abschreckung

Die meisten Staaten sind daher bestrebt, konventionelle militärische Fähigkeiten in dem Umfang bereit zu halten, die den wahrgenommenen Bedrohungen angemessen erscheinen. Die Mitgliedschaft in mächtigen Militärbündnissen, vorhandene Streitkräfte, Kampfbereitschaft und die Fähigkeit zur raschen Erweiterung der militärischen Optionen sollen einem potentiellen Gegner deutlich machen, dass die Kosten einer Aggression die möglichen Vorteile eines Einlenkens überwiegen. Ende der 1940er Jahre stellte sich beispielsweise die US-Regierung die Frage, ob ihr weltweites Netz von Militärbasen, ihr technologischer Vorsprung und ihre wirtschaftliche Überlegenheit ausreichen würden, um die Sowjetunion abzuschrecken. Sie verneinte dies und entschied sich stattdessen für massive Investitionen in die Streitkräfte. Dieser Logik folgen heute sowohl die Aufrüstung Polens als auch die Militärausgaben der USA.

In erster Linie streben die Akteure nach Abschreckung durch Verweigerung (*«deterrence by denial»*). Dabei geht es darum, Aggressionen dadurch zu verhindern, dass dem Gegner die Verwirklichung seiner Ziele durch wirksame Abwehrmaßnahmen erschwert oder unmöglich gemacht wird. Zur Illustration: Nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait im Sommer 1990 wurde Saddam Husseins Armee durch die militärische Überlegenheit der US-geführten Koalition zurückgedrängt, sodass der irakische Machthaber seine territorialen Ziele nicht verwirklichen konnte. Damit zeigte Washington potentiellen Nachahmern, welche Konsequenzen sie erwarteten.

Die zweitbeste Strategie ist die Abschreckung durch Bestrafung (*«deterrence by punishment»*). Sie zielt darauf ab, aggressive Handlungen durch die Androhung schwerer Konsequenzen zu verhindern. Diese Methode ist weniger zuverlässig, da die Herausforderung darin besteht, den Aggressor davon zu überzeugen, dass man bereit ist, sowohl die Kosten als auch die Risiken einer Bestrafung tatsächlich zu tragen. Abschreckung durch Bestrafung ist aber oft kostengünstiger. So ist es im Zeitalter der Langstreckenwaffen beispielsweise oft einfacher, große Zerstörungen im Hinterland des Angreifers zu verursachen, als dessen Armee zurückzudrängen.

Die nukleare Abschreckung hingegen beruht auf der Annahme, dass kein rationaler Akteur politische Ziele verfolgen würde, die eine beträchtliche Wahrscheinlichkeit eines extrem zerstörerischen nuklearen Angriffs auf seinen Staat mit sich bringen. Daher soll nukleare Abschreckung in erster Linie verhindern, dass nuklear bewaffnete Gegner ihre Atomwaffen zur Erpressung oder zum Erzwingen von Zugeständnissen einsetzen.

China wird zugeschrieben, sein Arsenal in den 1960er Jahren genau aus diesem Grund aufgebaut zu haben, um sich gegen nukleare Erpressung durch die USA zu wappnen. Unter den Atommächten besteht das gleichzeitige Ziel, generell einen Atomkrieg durch die Androhung eines verheerenden Vergeltungsschlages zu verhindern – eine Situation, die oft als strategische Stabilität bezeichnet und durch die amerikanisch-sowjetischen Nuklearbeziehungen der 1970er Jahre am besten illustriert wird.

Die meisten Nuklearmächte setzen ihre Atomarsenale auch ein, um größere konventionelle Konflikte zu vermeiden: Die Furcht vor einem möglichen Nuklearwaffeneinsatz infolge einer schwer kontrollierbaren konventionellen Eskalation soll potenzielle Angreifer abschrecken. Auf diese Weise wollte die NATO im Kalten Krieg verhindern, dass die Sowjetunion ihre konventionelle Überlegenheit ausnutzt. Dieser Ansatz kann jedoch auch unerwünschte Folgen haben: Während nukleare Eskalation im Falle eines massiven konventionellen Angriffs plausibel und damit abschreckend ist, gilt dies nicht für Gewalt geringerer Intensität, die dadurch sogar begünstigt werden könnte. Die Bereitschaft Pakistans, gegen das konventionell überlegene Indien mehrmals in den Krieg zu ziehen, wird häufig auf diesen Effekt zurückgeführt, der als «*Stabilitäts-Instabilitäts-Paradox*» bezeichnet wird.

Unter den insgesamt neun Kernwaffenstaaten nutzt derzeit Russland die Gefahr der Eskalation eines direkten Konflikts über die nukleare Schwelle, um den Krieg mit der nicht-nuklearen Ukraine gegen eine NATO-Intervention abzusichern. Seit Beginn der Vollinvasion 2022 setzt der Kreml nukleare Rhetorik ein. Dabei argumentiert die russische Führung, dass sie einer konventionellen Beteiligung der NATO nichts entgegenzusetzen hätte und diese zwangsläufig in einer nuklearen Eskalation enden würde. Da eine objektive Schwelle nicht bestimmbar ist, wird im Westen darüber diskutiert, welche Unterstützung der Ukraine das Kriegsgeschehen näher an diese nukleare Schwelle bringen könnte. Vielfach wird befürchtet, dass Russlands Erfolg mit dieser Nuklearstrategie China als Vorbild im Umgang mit Taiwan dienen könnte.

Neben diesen primären Zielen sind die USA und Russland bestrebt, durch eine erweiterte Abschreckung auch andere Interessen zu erreichen. Dabei versprechen sie, ihre nuklearen Fähigkeiten einzusetzen, um ihre Verbündeten vor nuklearen und größeren konventionellen Bedrohungen zu schützen. Nukleare Rückversicherung ist von Natur aus schwierig: Der Beschützer muss glaubhaft machen, dass er sowohl fähig als auch bereit ist, im Namen des Verbündeten eine nukleare Eskalation zu riskieren. So führt der Beschützer mitunter Konsultationen mit dem Protegé, stationiert Nuklearwaffen auf dessen Territorium oder räumt ihm sogar ein Mitspracherecht oder eine Kooperation bei der Planung und Durchführung von Nuklearwaffeneinsätzen ein.

Wenn solche Beziehungen der erweiterten Abschreckung funktionieren, stärken sie Bündnisse, verringern die Wahrscheinlichkeit von Aggression und Erpressung, reduzieren die Anreize der Geschützten, eigene Kernwaffen zu entwickeln, fördern regionale Stabilität, und ermöglichen eine intensivere Zusammenarbeit, sogar zwischen rivalisierenden Staaten. Die rasche wirtschaftliche Erholung und politische Stabilisierung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg wird oft als Musterbeispiel für die Wirksamkeit solcher Sicherheitszusagen angesehen.

Forschungsgrenzen und Staatenpraxis

Ob, wann und wie genau Abschreckung funktioniert, kann wissenschaftlich nicht abschließend geklärt werden – eine Herausforderung, die für die meisten sozialwissenschaftlichen Fragestellungen gilt, in diesem Fall jedoch von besonderer Bedeutung ist. Die Forschung kann nicht die kontrafaktische Situation beobachten, die ohne Abschreckung eingetreten

wäre. Als Beleg für den Erfolg der Abschreckung führen Befürworter zum Beispiel häufig an, dass es in den letzten acht Jahrzehnten nicht zu einem Atomkrieg gekommen ist. Kritiker argumentieren jedoch, dass dies kein Beleg dafür sei, dass die Abschreckung der Grund für das Ausbleiben des Nuklearkrieges war. Analysen historischer Fälle, in denen Abschreckung als erfolgreich oder gescheitert angesehen wurde, können nicht als ausschlaggebend bewertet werden. Solche Studien sind naturgemäß schwach evidenzbasiert und können nicht schlüssig nachweisen, ob die Abschreckung der notwendige und ausreichende Faktor war. Fehlinterpretationen oder persönliche Idiosynkrasien sind nachweislich oft am Werk, und ob sie ausschlaggebend sind oder nicht, kann nicht definitiv beurteilt werden.

Dieses wissenschaftliche Defizit scheint vor allem darauf zurückzuführen zu sein, dass beobachtbare Abschreckungserfolge und -misserfolge aus gutem Grund äußerst selten sind. Wenn die Abschreckung funktioniert, kann nichts beobachtet werden: Im besten Fall erkennt ein potentieller Angreifer die eindeutigen Machtverhältnisse und kommt gar nicht erst auf die Idee, Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Und selbst wenn es zu Überlegungen kommt, hat selten jemand ein Interesse daran, die Beziehungen mit dem potentiellen Gegner weiter zu belasten, indem solche Erwägungen öffentlich gemacht werden. Mit anderen Worten: Erfolgreiche Abschreckung ist oft unsichtbar, weil sie Handlungen verhindert, die nie stattfinden.

Wenn die Abschreckung wiederum völlig versagt, dann gibt es ebenfalls kaum beobachtbaren Phänomene: Die Opfer erkennen, dass sie im Krieg keine Chance hätten, beugen sich den Wünschen der potentiellen Nötiger und versuchen meist aus innen- und außenpolitischem Kalkül, ihre Zwangslage zu verschleiern. Mitunter ohne, dass jemals Gewalt angedroht wurde. Zur Illustration: Die Tatsache, dass die mexikanische Führung nicht einmal öffentlich die Absicht äußert, Texas zurückzuerobern, lässt offen, ob dies auf die Abschreckung durch die USA zurückzuführen ist oder einfach darauf, dass niemand in Mexiko diese Absicht hat.

Aufgrund dieser undurchsichtigen Lage konzentriert sich die Forschung auf die vergleichsweise wenigen Fälle, in denen die Abschreckung nur knapp gelungen oder gescheitert ist.

Ungeachtet dieser analytischen Einschränkungen sind die wichtigsten weltpolitischen Akteure von der Wirksamkeit der Abschreckung – einschließlich der nuklearen Abschreckung – überzeugt. So hat sich etwa die Hälfte der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen öffentlich gegen die nukleare Abschreckung ausgesprochen. Allerdings lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen, und diese Länder kontrollieren etwa sechs Zehntel der globalen Wirtschaftsleistung. Zählt man die Verbündeten der Nuklearwaffenstaaten hinzu, sind es fünf Milliarden Menschen, über 90 Prozent der Wirtschaftskraft und über 95 Prozent der Militärausgaben.

Noch wichtiger ist, dass die Großmächte auch im Einklang mit den Abschreckungsannahmen handeln. Revisionistische Staaten sehen konventionelle und nukleare Waffen als entscheidend an, um ihre Interessen gegenüber den USA durchsetzen zu können – und rüsten entsprechend auf. China investiert, um die Macht der USA in Asien einzudämmen und ihren Einfluss zurückzudrängen. Peking baut auch seine Nuklearstreitkräfte zügig aus. Infolge des Krieges gegen die Ukraine stellt Russland seine Wirtschaft derzeit um und versucht, die Rüstungsproduktion zu steigern. Washington ist der Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten ihre Führungsrolle in der Welt nicht ohne militärische Überlegenheit sichern können. Die USA investieren nicht nur massiv in Hochtechnologie und konventionelle Streitkräfte, sondern es zeichnet sich auch ein parteiübergreifender Konsens für den Ausbau des US-Atomwaffenarsenals ab. Abschreckung ist somit eine Tatsache des internationalen Lebens, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Haupthindernisse für eine wirksame Abschreckung

Die vielen Unsicherheiten, die mit Abschreckung verbunden sind, werfen jedoch Fragen auf. Die Komplexität des Kontextes, in dem Abschreckung wirkt, stellt die größte Herausforderung dar. Abschreckung ist am wirksamsten, wenn allen Beteiligten der Ausgang einer Konfrontation klar ist. Aufgrund des *«Nebels des Krieges»* sind Vorhersagen über die Ergebnisse auf dem Schlachtfeld jedoch äußerst unzuverlässig. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges erwarteten die meisten Nationen einen kurzen Krieg, der die Machtverhältnisse nachhaltig klären würde.

Abschreckung funktioniert auch dann am besten (oder scheitert am deutlichsten), wenn alle genau wissen, was auf dem Spiel steht – wie viel Schaden und welche Kosten jede Seite bereit wäre zu tragen, um das zu erreichen, wofür gekämpft werden müsste. Nur sind solche Faktoren im Vorhinein nur schwer einzuschätzen. Die Akteure haben oft innen- und außenpolitische Interessen, die Gegenseite diesbezüglich zu täuschen, was zu Missverständnissen und im schlimmsten Fall zu ungewollten Eskalationen führen kann. Ein prägnantes Beispiel ist Japans Angriff auf Pearl Harbor 1941. Die japanische Führung glaubte, ein vernichtender Schlag gegen die US-Pazifikflotte würde die USA vom Kriegseintritt abhalten. Tokio unterschätzte jedoch die Entschlossenheit der USA, ihre Interessen im Pazifik zu verteidigen, sowie deren industrielle Überlegenheit. Ebenso fehlte es an Verständnis für die amerikanische Mobilisierungsfähigkeit und Kriegsbereitschaft nach einem direkten Angriff.

Entscheidend für die Abschreckung ist auch die Fähigkeit der Beteiligten, sich nicht nur an Vereinbarungen zu halten, sondern auch andere davon zu überzeugen, dass sie diese später nicht brechen werden. Solche Zusicherungen sind nicht unmöglich, aber alles andere als selbstverständlich. Daher fragen sich heute viele, welche Mechanismen Russland davon abhalten könnten, ein mögliches Abkommen mit der Ukraine erneut zu brechen, sobald es militärisch gestärkt ist.

In der Wissenschaft wird häufig argumentiert, dass der komplexeste Kontextfaktor der Abschreckung darin besteht, zu verstehen, was die andere Seite mit ihren militärischen Maßnahmen bezweckt. Der Extremfall dieser Herausforderung ist das *«Sicherheitsdilemma»*: Maßnahmen, die ein Staat ergreift, um seine Sicherheit defensiv zu erhöhen, wie etwa der Ausbau seines Militärs oder die Bildung von Allianzen, können unbeabsichtigt dazu führen, dass sich andere Staaten weniger sicher fühlen. Wenn dies geschieht, reagieren diese anderen Staaten wiederum mit ähnlichen Maßnahmen, wodurch ein Kreislauf von Spannungen und Unsicherheit entsteht, auch wenn keine der beiden Seiten ursprünglich feindliche Absichten hatte.

Obwohl Fehlinterpretationen von Absichten schwer zu vermeiden sind, scheinen Sicherheitsdilemmata seltener aufzutreten als oft angenommen: In der Praxis scheinen die meisten Staaten in der Lage zu sein, die Absichten ihrer Gegner durch Diplomatie, Nachrichtendienste und strategische Bewertungen hinreichend genau einzuschätzen, um schwerwiegende Missverständnisse zu vermeiden. So galt das Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges lange Zeit als Paradebeispiel für ein Sicherheitsdilemma. Ein Großteil der Spannungen beruhte jedoch auf bewussten politischen Entscheidungen und ideologischen Zielen, sodass es sich weniger um ein *«Dilemma»* als vielmehr um eine strategische Rivalität handelte.

Zudem befürchten manche auch in der Wissenschaft, dass Abschreckungsbereitschaft und -fähigkeit unbeabsichtigt zum Krieg führen könnte. Einige sehen die größte Gefahr in der Unwissenheit der Entscheidungsträger – Abschreckung scheitert an der Unfähigkeit, die Situation richtig einzuschätzen. Andere sehen die Herausforderung in der Böswilligkeit verschiedener politischer Akteure – des Militärs, verschiedener Interessengruppen oder bürokratischer Egoisten. Die meisten gehen jedoch von einer

mechanistischen Abfolge unausweichlicher Handlungen aus, die den Entscheidungsträgern Urteilsvermögen und Verantwortung absprechen – verschiedenste «*Spiralen der Eskalation*» können nicht mehr durch einzelne Individuen eingehegt werden. Ungeachtet der Plausibilität dieser gedanklichen Konstrukte tut sich die Geschichtswissenschaft schwer, in Fallstudien nachzuweisen, dass die politischen Entscheidungsträgern sich der Risiken, die sie eingingen, nicht bewusst waren oder keine Möglichkeit hatten, den Gang der Ereignisse entscheidend zu beeinflussen.

Abschreckung setzt auch voraus, dass die beteiligten Akteure ihre Optionen auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Abwägungen wählen. Führungskräfte handeln jedoch in der Regel in einem Kontext begrenzter Rationalität, der von Emotionen, Intuition und gedanklichen Abkürzungen, sozialen Dynamiken und ethischen Erwägungen beeinflusst wird. Insbesondere nukleare Drohungen implizieren die Bereitschaft, eine massive Zerstörung des eigenen Landes in Kauf zu nehmen. Es liegt auf der Hand, dass es für rationale Akteure schwierig ist, glaubhaft zu machen, dass sie solche Risiken eingehen würden. Dieser Logik folgend, kann es rational sein, eine Reputation der Irrationalität, Brutalität und Kriegsbereitschaft aufzubauen, damit Drohungen geglaubt werden. Dies wurde in der Vergangenheit auch von mehreren Politikern, unter anderem US-Präsident Richard Nixon, mit gemischten Ergebnissen versucht. In einer Krise kann es daher schwierig sein, vorherzusagen, wie die andere Seite tatsächlich handeln wird. Dies kann zu Vorsicht, aber auch zu Fehleinschätzungen führen.

Nicht zuletzt sind Abschreckungsstrategien mit einem grundsätzlichen ethischen Dilemma verbunden. Um überhaupt abschrecken zu können, muss man glaubhaft machen, dass man erfolgreich Krieg führen würde und könnte. Ein Paradoxon entsteht: Wenn die Abschreckung versagt, führen die Vorbereitungen, die zuvor getroffen wurden, zu einem noch verheerenderen Krieg. Möglicherweise steht man am Ende schlechter da, als wenn man sich unvorbereitet und kampflös auf die Bedingungen der Gegenseite eingelassen hätte. Dieses Dilemma ist jedoch nicht auflösbar: Entweder man verzichtet auf die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen und akzeptiert jegliche Oktroyierung, oder man bereitet sich auf den Kampf vor und hofft, die Gegenseite erfolgreich vom Angriff abzuschrecken. Da ersteres im gegenwärtigen internationalen System von verschiedensten Staatswesen oft als äußerst unattraktiv empfunden wird, bleibt letzteres – trotz der Kosten und Risiken – meistens die bevorzugte Option.

Nuklearwaffen und Abschreckung

Durch die Erfindung von Nuklearwaffen wurde die Abschreckung wichtiger und unsicherer. Einerseits sind angesichts der enormen Zerstörungskraft von Kernwaffen und des generellen Unvermögens, sie abzuschaffen, alle Akteure viel stärker auf eine funktionierende Abschreckung angewiesen, als wenn sie es nur mit konventionellen Waffen zu tun hätten. Andererseits gibt es wenig Gewissheit, wenn es um Nuklearwaffen geht. Konventionelle Kriege waren in der Geschichte der Menschheit allgegenwärtig, und doch gibt es viele Unklarheiten darüber, wann und wie genau Abschreckung funktioniert hat. Nuklearwaffen wurden dagegen glücklicherweise nur zweimal eingesetzt, was aber die empirische Datenbasis stark einschränkt. In den vergangenen acht Jahrzehnten konnten daher nur wenige Debatten über die Funktionsweise der nuklearen Abschreckung aufgelöst werden. Unter den vielen Komplexitäten sind fünf besonders hervorzuheben.

Erstens, während die verheerenden lokalen und regionalen Auswirkungen eines Nuklearwaffeneinsatzes hinreichend bekannt sind, bleiben die Folgen eines gleichzeitigen Einsatzes vieler Nuklearwaffen ungewiss. Die Detonation einer Kernwaffe erzeugt eine gewaltige Explosion, die alles in ihrer unmittelbaren Umgebung zerstört. Starke Hitze

verursacht Verbrennungen und löst Großbrände aus. Radioaktive Partikel gelangen in die Atmosphäre und können kurz- und langfristig akute regionale Auswirkungen haben. Die Detonation vieler Atomwaffen, insbesondere in städtischen Gebieten, birgt dagegen mehr Unsicherheiten. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass dadurch riesige Mengen an Ruß und Debris in die Atmosphäre geschleudert würden, die das Sonnenlicht blockieren und die Erde dramatisch abkühlen könnten. Zu den Folgen könnten weit verbreitete Ernteausfälle, Hungersnöte oder gar der Zusammenbruch des Ökosystems gehören.

Zweitens ist unklar, inwieweit selbst ein begrenzter Einsatz von Nuklearwaffen, insbesondere durch eine der Großmächte, das internationale System verändern würde. Die meisten Staaten gehen davon aus, dass die heutigen Abschreckungsmechanismen sowie die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen es ihnen erlauben, alle anderen Anforderungen ohne die ständige Angst vor einem nuklearen Angriff zu bewältigen. Im Schatten eines Atompilzes könnten jedoch viele ihre Haltung überdenken. Einerseits ist vorstellbar, dass der Druck auf Abrüstung und eine Reform des internationalen Systems erheblich zunimmt – vergleichbar mit der Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Andererseits ist es auch möglich, dass sich viele Akteure dazu entschließen, ihre Sicherheit eigenständig zu gewährleisten, was zu einer Welt mit deutlich mehr Atomwaffenstaaten (und wohl auch mehr Risiken) führen könnte.

Drittens scheint die strategische Stabilität, die viele zur Vermeidung von Nuklearkriegen anstreben, ihre eigenen Risiken zu bergen. Strategische Stabilität ist grundsätzlich dann erreicht, wenn beide Seiten davon überzeugt sind, dass ein massiver Nuklearwaffeneinsatz unweigerlich zu einem inakzeptablen nuklearen Gegenschlag führen würde. Einerseits ist die Unfallgefahr geringer, wenn Staaten nicht ständig um die Überlebensfähigkeit ihrer Atomwaffenarsenale und einen plötzlichen nuklearen Erstschatz fürchten müssen. Andererseits scheint das nukleare Gleichgewicht den Weg für konventionelle Kriege unterhalb der nuklearen Schwelle zu ebnet, da atomar abgesicherte Akteure weniger von der Möglichkeit einer umfassenden Eskalation abgeschreckt werden. Das nukleare Gleichgewicht hat auch das Potenzial, von den USA geführte Bündnisse zu destabilisieren, da entschlossene revisionistische Nuklearmächte mit einer konventionellen Eskalation gegen Protegés drohen können, ohne das US-Nukleararsenal fürchten zu müssen.

Viertens: Während sich die Atomkräfte auf begrenzte Nuklearwaffeneinsätze vorbereiten, ist es ungewiss, ob solche Einsätze zu einem globalen Atomkrieg führen könnten. Angesichts ihrer konventionellen Unterlegenheit erwägen Atomkräfte wie Russland manchmal den gezielten Einsatz von Nuklearwaffen auf einem bestimmten Kriegsschauplatz, um einen Konflikt zu beenden, bevor sie ihn verlieren. Als Reaktion darauf entwickeln US-Planer begrenzte nukleare Eskalationsoptionen, die es Washington ermöglichen könnte, Moskaus nukleare Taktiken zu vereiteln und damit die Rückversicherung für Amerikas Verbündeten zu untermauern. Alle Nuklearmächte haben Überlegungen angestellt und Ressourcen investiert, um sicherzustellen, dass strategische Planung, klare Kommunikation und geschickte Diplomatie verhindern, dass Konflikte selbst nach einem Ersteinsatz von Atomwaffen außer Kontrolle geraten. Da jedoch niemand über praktische Erfahrungen im Umgang mit solchen Krisen verfügt, kann die Gefahr einer Kettenreaktion, die zu weiteren Nuklearwaffeneinsätzen führt, nicht ausgeschlossen werden.

Zu guter Letzt wird unter Wissenschaftlern und Praktikern heftig über die Wahrscheinlichkeit diskutiert, dass Atomwaffen tatsächlich eingesetzt werden könnten. Nukleare Krisen und Beinahe-Unfälle hat es gegeben, aber achtzig Jahre nach dem Beginn des Atomzeitalters kann Glück allein nicht erklären, warum es bisher nicht zu einem nuklearen Zwischenfall gekommen ist. Trotz ihrer Unwägbarkeiten scheint die derzeitige nukleare Ordnung ziemlich stabil zu sein. Die fortdauernde Existenz von Nuklearwaffen, ständig neue Technologien und komplexe internationale Dynamiken bedeuten jedoch, dass die

Möglichkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes zwar unwahrscheinlich, aber nicht völlig auszuschließen ist. Im kommenden Jahrzehnt ist zu erwarten, dass sowohl China als auch Russland das Drohpotenzial ihrer Arsenale nutzen werden, um den politisch-ökonomischen Status quo in Frage zu stellen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Risiken eines Nuklearwaffeneinsatzes spürbar zunehmen werden.

Ausblick

Die Herausforderungen der Abschreckung werden auch in Zukunft bestehen bleiben. Einerseits ist es eine Illusion zu hoffen, dass die Welt «zur Vernunft kommt», Rüstungsprojekte streicht, Atomwaffen abschafft und auf Abschreckung verzichtet, indem man nur die Gefahren der Eskalation betont. Andererseits ist es ebenso illusorisch zu glauben, dass militärische Machtverhältnisse die einzige treibende Kraft in der Weltpolitik sind und dass durch den Erwerb von Waffen und Systemen der Frieden gesichert werden kann. Um Abschreckung risikoärmer zu gestalten, ist es wichtig, die Mechanismen der Abschreckung und ihre Rolle im politischen Prozess besser zu verstehen.

In Deutschland wäre es notwendig, die dafür erforderliche Infrastruktur auszubauen. Diplomatie, Politik und Forschung weisen auf den Bedarf hin. Aber Konkretes wird nicht einmal diskutiert, von einer Umsetzung ganz zu schweigen. Drei Aspekte sind hervorzuheben. Erstens benötigt Deutschland mehr Kapazitäten, um Gesellschaft, Studierende und Politik über die Grundlagen der Abschreckung aufzuklären. Zweitens sind mehr Foren zur konstruktiven Diskussion unterschiedlicher Grundannahmen und Wissensdefizite erforderlich. Drittens werden Personal und Ressourcen benötigt, um die zahlreichen offenen Fragen durch international vernetzte Forschung zu untersuchen. Damit könnte das Land künftige Krisen, die mit Sicherheit kommen werden, besser bewältigen.

Liviu Horovitz ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik.

Das Arbeitspapier entstand im Rahmen des Projekts »Strategic Threat Analysis and Nuclear (Dis-)Order« (STAND).

Der Autor dankt Claudia Major, Pia Fuhrhop, Jonas Schneider, Juliana Süß und Karina Matvienko für die wertvollen Kommentare während des Entstehungsprozesses dieses Arbeitspapiers.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Arbeitspapier gibt die Auffassung des Autors bzw. der Autorin wieder.

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org